

Beschluss

Jemen: Militärische Intervention stoppen – Friedensgespräche aufnehmen

Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren Schauplatz gewaltvoller Auseinandersetzungen. Auch der Übergangsprozess nach der Revolution von 2011, die für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Transparenz gekämpft hatte, konnte die zugrundeliegenden Probleme im Land nicht zufriedenstellend lösen - trotz des vielversprechenden Ansatzes der Nationalen Dialogkonferenz, die alle wichtigen Akteure des Landes, darunter auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, vereinte.

Die Houthis aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate Berücksichtigung im und Beteiligung am politischen Leben erfahren haben, nutzten die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage im Land für einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die Hauptstadt Sanaa einnahmen und in diesem Jahr den Präsidenten Hadi ins Exil trieben. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre Lage im Land weiter verschlechtert.

Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon profitieren sowohl secessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten weiteren Zulauf.

Das Vorgehen der politischen Führung der Houthis und ihrer Verbündeten, die einen komplizierten Konflikt offensichtlich nur mit Waffengewalt und militärisch lösen wollen, verurteilen wir. Gleiches gilt für das Vorgehen vieler anderer Milizen.

Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich innenpolitischer Natur. Daher kann eine auswärtige militärische Einmischung die Probleme nur weiter verschlimmern. Jegliche iranische Unterstützung für die Houthi-Rebellen ist Wasser auf die Mühlen eines brandgefährlichen regionalen Krieges. Gleiches gilt für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten. Saudi-Arabien hat durch seine einseitige Einflussnahme für eine Konfliktpartei, deren Eliten unfähig und korrupt und deshalb verhasst sind, den Konflikt im Land schon seit Jahren befeuert. Jetzt drohen seine Militärschläge die konfessionelle Dimension und die Regionalisierung des Konflikts erst herbeizuführen und die Gräben weiter zu vertiefen.

Ein konfessioneller Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten war im Jemen jahrhundertlang unbekannt und wurde von außen, vor allem aus Saudi-Arabien, künstlich herbeigeführt. Von die-

ser Polarisierung profitieren gewaltsame, extremistische Gruppierungen, letztlich vor allem Al-Qaida. Zudem werden gezielt staatliche Institutionen und die ohnehin unterentwickelte Infrastruktur zerstört. Dies schwächt die Staatlichkeit Jemens auf Jahre. Dem Land droht ein langer Bürgerkrieg und ein fortgesetzter Staatszerfall.

Die Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit sehr besonnen verhalten hatte, stellt sich nun in fahrlässiger Weise hinter die kontraproduktive Eskalationspolitik Saudi-Arabiens. Deutschland genießt im Jemen wegen des jahrzehntelangen entwicklungspolitischen und diplomatischen Engagements, sowohl der Bundesrepublik aber auch der früheren DDR, einen hervorragenden Ruf und wäre ein idealer Vermittlungspartner, zumal Deutschland auch über gute Kontakte zu den Houthis verfügt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Chance auf produktive Einflussnahme auf grob fahrlässige Weise zu verspielen. Stattdessen wurde schmallippig „Verständnis“ für das Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Partner geäußert und die Bombardements als „legitim“ bezeichnet.

Auch Berichte, wonach über Gebieten unter der Kontrolle der Houthi-Gegner Waffen aus saudischer Lizenzproduktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch abgeworfen wurden, unterminieren Deutschlands Glaubwürdigkeit. Sollten sie sich bewahrheiten, unterstriche dies einmal mehr, dass Waffenlieferungen und Lizenzverkäufe an Staaten wie Saudi-Arabien blutige Konflikte befeuern und Deutschlands Ruf nachhaltig beschädigen. Dies muss zu dem Schluss führen, dass die Bundesregierung die Rüstungsexportrichtlinien endlich Ernst nimmt und keine Exporte in Krisenregionen genehmigt. Wir wollen, dass die Menschenrechte in den Rüstungsexportrichtlinien eine zentrale Rolle spielen.

Leidtragende des Konflikts ist auch im Jemen vor allem die Zivilbevölkerung. Besonders die drohende Wasserknappheit und der Mangel an Treibstoff nehmen dramatische Ausmaße an. Es ist die Verantwortung Deutschlands und der EU, alle Möglichkeiten für eine diplomatische Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Damit eine solche Lösung möglich wird, muss die Bundesregierung sich von allen auswärtigen militärischen Einmischungen im Jemen ausdrücklich distanzieren und sich für ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien einsetzen. Vor allem muss sie ihre Bemühungen für eine humanitäre Unterstützung der Bevölkerung intensivieren.

Wir dürfen es nicht sehenden Auges hinnehmen, wenn ein weiterer Staat und Millionen weiterer Menschen unter die Räder regionaler Machtspiele geraten.

Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- einen sofortigen Stopp der militärischen Intervention Saudi-Arabien und seiner Partner;
- einen sofortigen Waffenstillstand im Land;
- ein internationales Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien;
- die Einrichtung eines humanitären Korridors zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung;
- Friedensgespräche in Anknüpfung an die Nationale Dialogkonferenz, unter Einbeziehung aller Interessengruppen inklusive Houthis, vor allem aus der Zivilgesellschaft;
- eine Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses mit dem Ziel der Aussöhnung und Beteiligung aller Volksgruppen;
- eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen Luftangriffe auf zivile Einrichtungen, u.a. auf das Flüchtlingslager Mazraq.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- alle auswärtigen militärischen Einmischungen in den Jemen deutlich zu verurteilen;
- ihre Kontakte zu den Konfliktparteien zu nutzen, um auf einen Waffenstillstand und einen politischen Dialog im Land hinzuarbeiten;
- ihre humanitären Anstrengungen zu verstärken;
- den Berichten nach dem Einsatz von Waffen aus deutscher Lizenzfertigung nachzugehen und ggf. alle Möglichkeiten zu nutzen, die Fertigungslizenz an Saudi-Arabien zu widerrufen.